

Stadtparlament

Wortprotokoll

11. Sitzung der Legislatur 2023 - 2027

Dienstag, 17. September 2024, 18:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz: Esther Straub, Die Mitte/EVP

Entschuldigt: Chiara Eugster, SP/Grüne
José Franco, SP/Grüne
Corinne Straub, SVP
Silke Sutter Heer, FDP/XMV

Anwesend Stadtparlament: 26

Anwesend Stadtrat: René Walther, FDP
Daniel Bachofen, SP
Sandra Eichbaum, XMV
Dieter Feuerle, Grüne
Luzi Schmid, Die Mitte

Protokoll: Alexandra Wyprächtiger, Stadtschreiberin

Traktanden

- 11/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Mitteilungen der Einbürgerungskommission (EBK)
- 11/2. Stadt Arbon, Budget 2025
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 11/3. Motion "Anpassung Beitrag an Vereine für Kinder- und Jugendarbeit" von Lukas Auer, Fabio Telatin, beide SP, Esther Straub, Die Mitte, Reto Gmür, BFA, Isabelle Fuchs, FDP und Ueli Nägeli, SVP
Beantwortung, Beratung, Beschlussfassung
- 11/4. Stadt Arbon, Genehmigung Stadtentwicklungsplan 2024 (STEP 24)
Bildung einer 7er-Kommission
- 11/5. Stadt Arbon, Totalrevision Hafenreglement
Bildung einer 7er-Kommission
- 11/6. Fragerunde
- 11/7. Informationen aus dem Stadtrat

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geschätzte Medienschaffende, liebe Besucherinnen und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüsse Sie alle herzlich zur heutigen Budget-Stadtparlamentssitzung. Heute versüsse ich die Sitzung mit einem Gebäck, lassen Sie sich überraschen, im Inneren hat's eine kleine Überraschung.

Auch wenn der Herbst langsam Einzug hält und die Tage kürzer werden, pulsiert das Leben in Arbon weiter. D'Usestuehlete hat am Samstag, 7. September bei wunderschönem Wetter und angenehmen Temperaturen erneut bewiesen, dass sie ein fester Bestandteil des Arboner Veranstaltungskalenders ist. Sie verwandelt die Arboner Altstadt in eine stimmungsvolle Bühne. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher strömten in die Altstadt, um die offenen Türen der Bewohnerinnen und Bewohner, Geschäfte und Institutionen zu nutzen. Ob in gemütlichen Wohnzimmern, versteckten Höfen oder auf den Dächern der Altstadt – überall gab es spannende Einblicke und interessante Gespräche. Ein rundum gelungenes Fest, das die Gemeinschaftlichkeit in Arbon unterstreicht. Am Abend erfüllten die Klänge von Life-Musik die Gassen und luden zum Verweilen ein. Ob Jung oder Alt – alle genossen gemeinsam den lauen Abend und die besondere Atmosphäre. Ein herzliches Dankeschön an alle, die zum Gelingen dieses Fests beigetragen haben.

Arbon ist unsere Heimat. Auch das Stadtparlament und der Stadtrat, also wir, setzen sich dafür ein, dass unsere Stadt noch lebenswerter wird. Unterstützen wir gemeinsam die wichtigen Entscheidungen, die für die Zukunft von Arbon getroffen werden müssen. Heute findet die jährliche Budgetsitzung statt, dabei werden wichtige Entscheidungen für die kommenden Monate getroffen. Welche Projekte werden gefördert? Wo werden die finanziellen Schwerpunkte gesetzt? Welche Investitionen sind geplant? Wie können wir die Lebensqualität in unserer Stadt weiter steigern? Die Budgetsitzung ist mehr als nur eine Sitzung. Es ist ein Moment, in dem wir die finanziellen Ressourcen unserer Gemeinde gezielt einsetzen und unsere Visionen für Arbon gemeinsam gestalten. Lassen Sie uns gemeinsam sicherstellen, dass die Mittel zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden. Lassen Sie uns diese Chance nutzen, um positive Veränderungen anzustossen. Die Sitzung ist somit eröffnet.

Traktandenliste:

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? – Wenn nicht, gilt diese stillschweigend als genehmigt.

1. Mitteilungen

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Sie haben für die heutige Sitzung sämtliche Unterlagen fristgerecht erhalten.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

- Das Protokoll der 10. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und online einsehbar.
- Die Einfache Anfrage: «Abläufe der Baueingaben» von Reto Gmür, BFA, wurde mit dem Versand zur heutigen Sitzung beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt. Die Einfache Anfrage gilt somit als erledigt.

Informationen aus der Einbürgerungskommission:

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über die Behandlung der Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Lukas Auer, SP/Grüne, Präsident Einbürgerungskommission: An der Sitzung vom 2. September 2024 wurden folgende Personen ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

- Kidosi Zvonimir, 1996, Kroatien
- Klauck Andreas, 1958, Deutschland
- Romano James, 1973, Schweiz
- Romano-Lofino Gabriella, 1973, Schweiz
- Romano Leandro, 2011, Schweiz
- Romano Damiano, 2013, Schweiz
- Romano Nevio, 2015, Schweiz

2. Statt Arbon, Budget 2025 Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Wir behandeln heute das Budget 2025. Zu diesem Traktandum möchte ich speziell Pascal Bächler von der Finanzverwaltung begrüßen. Er wird verdankenswerterweise Änderungen aus der heutigen Sitzung aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird er uns nach einer kurzen Pause das aktuelle Endergebnis direkt vorlegen.

Die Botschaft des Stadtrats zum Budget 2025 liegt Ihnen vor. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat das Budget 2025 vorberaten. Der Kommissionsbericht und die Anträge der FGK liegen Ihnen ebenfalls vor.

Bevor wir in die Beratung einsteigen, möchte ich Ihnen das Vorgehen erläutern. Zuerst erfolgt das Eintreten, dieses ist obligatorisch. In der Detailberatung werden wir den weissen Teil der Botschaft, den Kommentar des Stadtrats kapitelweise durchberaten. Dazu können Fragen gestellt werden. Die Erfolgsrechnung werden wir mit dem gelben Teil behandeln. Ich werde jeweils die Seiten und Funktionen nennen. In der Erfolgsrechnung können Anträge gestellt werden. Anträge sind gemäss Art. 41 Abs. 2 des Geschäftsreglements schriftlich einzureichen. Wenn Sie den Antrag formulieren, bitte ich Sie, jeweils die Kontonummer zu nennen. Liegt ein Antrag der FGK vor, hat jeweils der Präsident der FGK das Wort. Gibt es keine weiteren Wortmeldungen und bleibt dieser Antrag unbestritten, gilt der FGK-Antrag als genehmigt. Wird der Antrag der FGK vom Stadtrat oder einem Parlamentsmitglied bestritten, wird über den Antrag der FGK abgestimmt. Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein weiterer Antrag gestellt, werden wir gemäss Art. 52 des Geschäftsreglements zuerst die Änderungsanträge, d. h. den Antrag der FGK sowie die Anträge der Stadtparlamentsmitglieder gegenüberstellen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Hauptantrag des Stadtrats gegenübergestellt und darüber abgestimmt. Liegt ein einzelner Antrag eines Parlamentsmitglieds vor, werden wir über diesen abstimmen. Bei mehreren Anträgen werden wir gleich verfahren und diese einander gegenüberstellen. Den obsiegenden Antrag werden wir wiederum dem Antrag des Stadtrats gegenüberstellen. Nach der laufenden Rechnung werden wir mit der Beratung des Investitionsplans im grünen Teil weiterfahren. Zum Finanzplan im rosa Teil können im Anschluss wiederum Fragen gestellt werden.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Wir beginnen mit der Budgetsitzung immer schon um 18 Uhr mit dem Ziel, dass wir nicht bis Mitternacht tagen. Um dem Rechnung zu tragen, verzichte ich auf das Rezitieren aus dem FGK-Bericht mehrheitlich und beschränke mich auf die Kernaussagen. Mein kurzes Eintretensvotum ist auch kongruent mit der kurzen Zeit, die der FGK für die Beratung zur Verfügung stand. Die FGK hat die Arbeiten in guter Teamarbeit und konstruktiv an vier Sitzungen durchgeführt.

Erstmals seit ich in der FGK Einsitz habe, traten die Abteilungsleitenden der Stadt an die FGK heran, um der FGK die Entwicklung der Löhne zu erläutern und die doch stattlichen Erhöhungen zu erklären. Die FGK hat sich die Zeit genommen, die Anliegen anzuhören und diese zu analysieren. Die Lohnerhöhungen, die der Stadtrat beantragt hat, waren mit vier Kernaussagen unter-

mauert. Ziel war ein Teuerungsausgleich von 1.4 % verbunden mit einer generellen Lohnerhöhung von 0.8 % und einer zusätzlichen individuellen Erhöhung von 1 %. Mit der Kombination Teuerungsausgleich und generelle Lohnerhöhung wollte man den Umstand korrigieren, dass in den vergangenen Jahren der Teuerungsausgleich voll ausbezahlt wurde und gerade Mitarbeitende, die noch weniger lang bei der Stadt arbeiten, schlechter gestellt seien als Mitarbeitende, die schon lange bei der Stadt angestellt sind. Diese Feststellung konnte die FGK teilweise bestätigen. Allerdings betrifft es insbesondere Mitarbeitende, die in den Jahren 2015 bis 2017 und 2020 angestellt wurden. Da von diesem Umstand eben nicht alle Mitarbeitenden betroffen sind, ist das Instrument der generellen Lohnerhöhung auch nicht das probate Heilmittel für dieses Thema. Die generelle Lohnerhöhung wirkt sich auf alle Mitarbeitenden aus, darum wird die FGK in der Detailberatung bei den Besoldungen noch Anträge stellen.

Bei sämtlichen Hauptbereichen des Budgets liegen die Nettoaufwände über dem Vorjahresbudget. Die Erfolgsrechnung hat sich sowohl auf der Ertrags- wie auch auf der Aufwandseite um CHF 3 Mio. verlängert. Wie bei jedem Budget ist es einfacher Geld auszugeben – Aufwandseite verlängern, als Geld einzunehmen – Ertragsseite verlängern. Nachdem der Kanton die Steuerschätzungen für das laufende Jahr massiv nach unten korrigiert hat, erscheint der FGK die Steuerschätzung der Stadt Arbon sehr sportlich.

Betreffend Investitionsrechnung verweise ich auf den Bericht. Die FGK wird in der Detailberatung hierzu auch keine Anträge stellen.

Über den Finanzplan müssen wir nicht befinden, diesen hat die FGK studiert und zur Kenntnis genommen.

Die FGK beantragt Ihnen nach der Beratung des Budgets einstimmig: 1. Der Steuerfuss für das Jahr 2025 sei auf 72 % zu belassen; 2. Das Budget 2025 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von neu CHF 145'483 sei zu genehmigen; 3. Der Investitionsplan 2025 mit Nettoinvestitionen von CHF 11'089'000 sei zu genehmigen.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen, die zum vorliegenden Budget und zur Beratung in der FGK beigetragen haben, namentlich bei Pascal Büchler in seiner Funktion als Finanzchef der Stadt Arbon, dem Stadtrat und der ganzen Verwaltung. Meinen Kommissionskollegen danke ich ganz herzlich. Sie haben sich alle für eine speditive Beratung ins Zeug gelegt und auch bei langen Sitzungen den Humor nicht verloren. Danke.

Wie immer gilt mein Eintretensvotum auch für die Fraktion FDP/XMV, Sie merken, wir haben schon wieder 5 Minuten gespart.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Ich begrüsse Christoph Seidler. Wir sind jetzt 26 Mitglieder.

Jakob Auer, SP/Grüne: Die Fraktion SP/Grüne bedankt sich beim Stadtrat für das Budget 2025 sowie die konstruktive Zusammenarbeit intern und natürlich auch dem Präsidium Cyrill Stadler. Auch der Besuch der Abteilungsleitenden war einmalig und sicher zu begrüßen. Es brauchte von allen Beteiligten viel Einsatz, um ein Budget in so kurzer Zeit durchzuberaten und einen ausführlichen Bericht zu erstellen.

Es erstaunt niemanden, dass alle Ressorts einen höheren Nettoaufwand ausweisen als im Vorjahresbudget. Schlussendlich ist eine gute Finanzplanung der Stadt Arbon angezeigt. Grundsätzlich zeigt sich die Finanzlage als stabil. Wir haben eine relativ tiefe Fremdverschuldung bei doch grossen Investitionen. Das hohe Eigenkapital kann in verschiedenen Situationen als Kompensation verwendet werden.

Der Zeitpunkt des Budgetierens durch den Stadtrat lässt natürlich bei einzelnen Positionen die Zahl offen, da ja bereits im Frühjahr budgetiert wird. Die aktuelle Rechnung sowie der Jahresdurchschnitt helfen da, sich im richtigen Bereich zu bewegen. Die Fraktion SP/Grüne wird zu einzelnen Konten Bemerkungen anbringen oder Fragen stellen. Anträge unsererseits sind keine zu erwarten.

Bei der Investitionsrechnung wird ein Antrag im Zusammenhang mit dem Seeparksaal gestellt. Die Fraktion SP/Grüne unterstützt sämtliche Anträge der FGK, ist ebenso auch für Zustimmung zum Budget und zum Steuerfuss. Die Fraktion SP/Grüne ist für Eintreten.

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP: Auch die Fraktion Die Mitte/EVP dankt dem Stadtrat und allen beteiligten Verwaltungsmitarbeitenden für die sorgfältige Erarbeitung des Budgets 2025. Danken möchte ich im Namen der Fraktion auch der FGK und insbesondere deren Präsidenten Cyrill Stadler. Es brauchte von allen Beteiligten viel Einsatz und Flexibilität, um das Budget in dieser kurzen Zeit durchzuberaten. Ich glaube, es ist trotzdem ausgezeichnet gelungen, die wichtigsten Erkenntnisse aus der Budgetberatung und den Diskussionen mit dem Stadtrat und den Abteilungsleitenden im Bericht zusammenzufassen. Auch dieser Budgetprozess hat aber nochmals gezeigt, dass der aktuelle Modus mit der Volksabstimmung bereits im November auf Dauer keine Lösung sein kann. Die FGK-Mitglieder haben Unterlagen im Gesamtumfang von sage und schreibe 481 Seiten erhalten, welche innert weniger Tage hätten studiert werden sollen. Darunter leidet die Qualität, darunter leidet auch die Seriosität für die Erarbeitung und die Prüfung des Budgets. Deshalb wäre eine Kompetenzverschiebung bei der Genehmigung des Budgets zuhanden des Parlaments richtig und wichtig. Bei wirklich strittigen Entscheidungen kann immer noch das Referendum oder das Behördenreferendum ergriffen werden.

Auch in unserer Fraktion haben insbesondere die folgenden zwei Punkte zu Diskussionen geführt:

1. Wir haben es bereits gehört, die Erhöhung des Aufwands um gesamthaft rund CHF 3 Mio. Diese Entwicklung bereitet Sorgen. Die Hauptgründe sind vielfältig: einerseits die Zunahme des Personalaufwands, andererseits ein Anstieg bei den Prämienverbilligungen, höhere Ausgaben bei der vorschulischen und schulergänzenden Kinderbetreuung, wieder ansteigende Sozialhilfeausgaben. Voraussichtlich alles Positionen, bei welchen der Anstieg auch dauerhaft sein wird. Wettgemacht werden sollen diese Mehrausgaben für einmal mit ziemlich optimistisch budgetierten Steuereinnahmen und höheren Zahlungen aus dem Finanzausgleich, welche teilweise noch nicht einmal zugesagt sind und welche andere Gemeinden wie zum Beispiel Romanshorn gar nicht mehr budgetieren. Die budgetierten Erträge schmecken deshalb schon ein bisschen nach dem Prinzip Hoffnung. Ich glaube, auch deshalb ist es wichtig, dass die FGK zumindest bei den Grundstückgewinnsteuern korrigierend nach unten eingegriffen hat.
2. Die budgetierten Lohnanpassungen und die Entwicklung beim Personaletat. Der erneut starke Anstieg der Personalkosten ist augenfällig. Es ist natürlich klar, dass die Umsetzung der vielen Projekte auch die notwendigen personellen Ressourcen bedingt. Wie bereits vor einem Jahr erwähnt, ist aber auch offensichtlich, dass der Personalaufwand seit 2022 deutlich ansteigt, nachdem er vorher etliche Jahre gleichbleibend oder zeitweise sogar leicht sinkend war. Bei den Lohnanpassungen ist es für unsere Fraktion klar, dass die jeweilige Teuerung voll ausgeglichen werden soll. Zusätzliche Lohnanpassungen sind aber nicht generell, sondern individuell vorzunehmen. Wir stützen deshalb die Anträge der FGK, welche auch berücksichtigen, dass in den vergangenen Jahren teilweise die Teuerung nicht voll ausgeglichen wurde. Für uns ist aber auch klar, dass mit den nun vorgesehenen Lohnanpassungen kein weiterer Nachholbedarf mehr besteht. Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von neuem Personal sind nicht nur primär in zu tiefen Löhnen begründet, sondern in der allgemein schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt. Und für das Halten des bestehenden Personals ist neben einem angemessenen Lohn zum Beispiel ein gutes, wertschätzendes Arbeitsklima genau so entscheidend.

Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt sämtliche Anträge der FGK. Die beantragten Anpassungen sind aus unserer Sicht sinnvoll und verantwortbar. Wir werden in der Detailberatung noch ein oder zwei Anträge bzw. Bemerkungen einbringen.

Ulrich Nägeli, SVP: Die Kommissionsarbeit in der FGK war sehr intensiv. Wie schon im Kommissionsbericht erwähnt, gab es politisch unterschiedliche Auffassungen über die Auslegung des Budgets. Aber um das nochmals zu erwähnen, wurde hier mit grossem Respekt und Offenheit gearbeitet. Viele unserer Fragen wurden geklärt und ausgeräumt. Somit bedanken wir uns von der SVP-Fraktion bei allen Personen, die in dieser Angelegenheit ihr Fachwissen, ihre Meinung und die eigenen Erfahrungen eingebracht haben.

Uns bereitet vor allem die Entwicklung des zusammengezogenen Budgetpostens Soziale Sicherheit in der Erfolgsrechnung grosses Unbehagen. Beliefen sich die Aufwände im Jahr 2022 noch auf CHF 4.9 Mio., so waren es 2023 bereits 5.7 Mio. Im Jahr 2024 rechnet man mit CHF 6.995 Mio., und für das Jahr 2025 wurden CHF 7.893 Mio. veranschlagt. Das ist ein Anstieg von 60 % innert vier Jahren, das ist enorm. So darf und kann es nicht mehr weitergehen, dass mit diesem Budgetposten immer mehr Steuergelder in die soziale Wohlfahrt fliessen, scheinbar ohne dass wir hier einen Einfluss nehmen können.

Die Lohnkosten werden mehrheitlich akzeptiert. Wiederum darf man auch erwarten, dass die vielen Ausfallstunden, wie sie dieses und letztes Jahr angefallen sind, sich reduzieren. Ein Fragezeichen haben wir noch bei Tourismus und Marketing. Wir werden auch Anträge und Fragen stellen. Die SVP ist einstimmig für Eintreten.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Wir haben gehört, dass das ganze Prozedere mit dem Budgetprozess relativ eng getaktet sei. Wir haben intern bereits im März 2024 mit dem Budgetprozess gestartet, indem wir als Basis zusammen mit den Abteilungsleitenden die strategische Planung überprüft und angepasst haben. In einem intensiven Prozess wurde dann mit dem Verwaltungsteam und dem Stadtrat zusammen das Budget erarbeitet. Im Anschluss wurde das Ergebnis mit der FGK kontrovers diskutiert. Ich persönlich erlebte den ganzen Prozess bzw. die Gespräche und Diskussionen als offen, transparent und konstruktiv.

Im Vergleich zum letzten Jahr konnten die Inhalte des Budgets und insbesondere des Finanzplans nochmals geschärft werden, was aus unserer Sicht eine gute Grundlage für die vorbereitenden Arbeiten lieferten. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an das ganze Verwaltungsteam, insbesondere den Abteilungsleitenden und Pascal Büchler für die hervorragend geleistete Arbeit. Ebenso ein herzliches Dankeschön an die FGK, insbesondere Cyrill Stadler, für die sachkundige und profunde Leitung.

Erfolgsrechnung

Seite 1
0110 Legislative

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Ich nutze hier die Gelegenheit, weil zum ersten Mal ein 30er-Konto vorkommt mit den Besoldungen, die Anträge der FGK zu den Besoldungen gleich hier zu stellen. Diese gelten nachher natürlich im übertragenen Sinn auf alle weiteren folgenden 30er-Konten.

Ich habe es im Eintretensvotum bereits erwähnt, zusammen mit dem Stadtrat und den Abteilungsleitenden haben wir in der FGK intensiv die vorgeschlagenen Lohnerhöhungen diskutiert. Die FGK schlägt Ihnen vor, dass wir eine Verschiebung machen von der generellen Lohnerhöhung zur individuellen Lohnerhöhung, um die im Bericht detailliert analysierten Teuerungs-Gaps beim Personal ausgleichen zu können. Damit würden wir für Fehler, Fehlberechnungen, falsche oder zu geringe Teuerungsausgleichszahlungen in den vergangenen Jahren einen Bereinigungsbetrag zur Verfügung stellen. Diesen Posten haben wir bei den individuellen Lohnerhöhungen

ergänzt, das macht ungefähr 0.5 % der Lohnsumme aus. Wir sind weiter bei der generellen Lohnerhöhung und beim Teuerungsausgleich dazu übergegangen, dass wir das in einem Betrag formulieren. Hier gab es in der Vergangenheit diese Unschärfen Ende Jahr, mit welchem Wert des Landesindex der Konsumentenpreise man final über die Erhöhungen entscheidet. Es ging lange über den Oktoberwert, in den vergangenen Jahren hat man teilweise den Mai-/Juniwert hinzugenommen, um die Berechnung schon zu finanzieren. Innerhalb der FGK haben wir uns darauf geeinigt, dass wir die generelle Lohnerhöhung plus Teuerungsausgleich bei 1.7 % fixieren. Je nach Verlauf bis Ende Jahr gibt das dann eine etwas grössere generelle Lohnerhöhung und einen etwas geringeren Teuerungsausgleich, weil wir davon ausgehen, dass die Teuerung bis Ende Jahr noch etwas abnimmt. Aktuell stehen wir bei ungefähr 1.3 %. Die Differenz zu den 1.7 % wäre dann eben die generelle Lohnerhöhung.

Budgetieren können wir diese 1.7 % mit CHF 178'500, das ist ein einfacher Dreisatz von der bestehenden Zahl, wie sie vom Stadtrat angewendet wurde.

Dann eben zur individuellen Lohnerhöhung: Diese sehen wir bei 0.5 % für diesen Teuerungs-Gap und den im Personal- und Besoldungsreglement vorgesehenen 0.8 % für individuelle Erhöhungen, die zur Verfügung stehen sollen. Weiter gibt es einen Budgetposten von CHF 34'000 für ausserordentliche Lohnanpassungen infolge von Funktionsübernahmen, abgeschlossenen Ausbildungen, usw.

Zusätzlich zu den Lohnerhöhungen wird auch eine Anpassung des Etats gefordert, nämlich um CHF 287'300. Dem stimmt die FGK ebenfalls zu.

Insgesamt würden wir für die Besoldungen in diesen 30er-Konten CHF 636'300 zur Verfügung stellen. Wir bitten Sie, dem Antrag der FGK zuzustimmen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Gibt es Wortmeldungen zum Antrag der FGK? – Wenn nicht, gilt dieser stillschweigend als genehmigt.

Seite 6
0293 Seeparksaal

0293.3144.00 Unterhalt Hochbauten

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Hier haben wir keinen Antrag seitens der FGK, sondern eine Rückmeldung seitens Stadtrat. Wir können den Posten Unterhalt Seeparksaal um CHF 54'000 reduzieren und noch mit CHF 25'000 statt CHF 79'000 ins Budget aufnehmen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Gibt es Wortmeldungen zum Antrag der FGK? – Wenn nicht, gilt dieser stillschweigend als genehmigt.

Seite 7
0294 Bahnhofstrasse 24

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich spreche zur Bahnhofstrasse 24 und gleichzeitig noch zu Feilen 1, dem Verwaltungsgebäude, das mitten in Stachen steht. Ich finde es erstrebenswert, dass eine Konzeption betreffend die Liegenschaften der Stadt Arbon demnächst entworfen wird. Sie sehen, dass die Bahnhofstrasse seit Längerem leer steht. Sie werden auch noch sehen, dass die Liegenschaft in Stachen quasi keinen Ertrag abwirft. Ich meine, die Stadt Arbon sollte sich lebhaft überlegen, ob sie Liegenschaften auch mal verkaufen will. Es ist nun mal so, dass Liegenschaften mit einem personellen Aufwand verbunden sind. Sie können nicht Eigentum haben und nichts tun. Man kauft, und zwar in erheblichem Mass. CHF 10 Mio. für das Rietli, CHF 19 Mio. Absicht für die Strausswiese, die St. Gallerstrasse wird gekauft und zugleich klagt man zu Recht im Bericht der vorberatenden Kommission, dass das Investitionsvolumen mit dem jetzigen Personalbestand wahrscheinlich nicht zu bewältigen ist. Wer mehr Eigentum kauft, muss auch personell der Stadt mehr Ressourcen geben, damit sie ihren grossen Liegenschaftenbesitz auch verwalten

kann. Nur mit dem Finger auf die Tischplatte zu klopfen, das ist keine Liegenschaftenverwaltung. Und ich meine, wenn wir unserer Stadt immer mehr Eigentum und Besitz geben, müsste da auch aufgestockt werden. Oder wir sind auch bereit zu verkaufen. Ich meine, ein Konzept des Liegenschaftensbestands der Stadt Arbon sei nun am Platz, speziell betreffend die Bahnhofstrasse 24 und auch betreffend die Liegenschaft in Stachen-Zentrum.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Besten Dank für diese Anmerkung. Eine Frage war es eigentlich nicht, aber ich erlaube mir trotzdem, etwas dazu zu sagen. Natürlich ist es eine Herausforderung, mit den Liegenschaften umzugehen. Wir haben in diesem Jahr zumindest viele der Mietpreise überprüft und ja, eine Liegenschaftsstrategie ist etwas, was wir schon länger planen, das aber mit dem Tagesgeschäft zusammen nicht ganz einfach umzusetzen ist. Aber wir sind auf jeden Fall dran und das ist klar ein Ziel des Stadtrats. Insbesondere bei der Bahnhofstrasse 24, die im Moment ja leer steht und bei der wir im letzten Jahr auch nicht sehr viele Interessenten hatten, stellt sich die Frage, ob man das verkaufen oder irgendwie im Baurecht weitergeben möchte.

Seite 8

1110 Polizei

1110.3132.80 Kontrolle Aussenanlagen durch Dritte

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP beantragt eine Erhöhung um CHF 20'000 auf CHF 100'000. Vor zwei Jahren hat der Stadtrat eine Erhöhung der Präsenz der Securitas beantragt und auf die Dringlichkeit hingewiesen. Aus der Bevölkerung nehmen wir zunehmend wahr, dass sich die Sicherheitslage an gewissen Orten in Arbon verschlechtert hat und diese Orte zu gewissen Tageszeiten gemieden werden. Mit der Erhöhung der Präsenz können nicht alle Gefahren beseitigt werden, jedoch kann das subjektive Sicherheitsgefühl gestärkt werden. Der aktuelle Budgetbetrag reicht nicht aus, um bei neu auftretenden Hotspots rasch und situativ zusätzliche Kontrollen der Securitas durchführen zu lassen. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Erhöhung um CHF 20'000 sinnvoll und verhältnismässig ist. Bitte setzen Sie ein Zeichen für die Sicherheit unserer Bevölkerung und stimmen Sie unserem Antrag zu.

Lukas Auer, SP/Grüne: Ich spreche hier nicht im Namen der Fraktion. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen. Ich möchte Sie an den Vorfall mit diesen drei oder vier Männern erinnern, die unsere Busfahrerin sehr aktiv drangsaliert haben. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Securitas nicht nur Littering büssen, sondern auch den Leuten Sicherheit geben soll, die im öffentlichen Bereich arbeiten. Ich hoffe, dass so ein Fall wie mit der Busfahrerin nicht mehr passiert, aber das wir durch einen Auftrag an den Stadtrat für mehr Sicherheit sorgen können. Ich bitte Sie, diesen Budgetposten um CHF 20'000 zu erhöhen.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Ich spreche nicht als Präsident der FGK, sondern als Präsident der Fraktion FDP/XMV. Wir sind gegen diesen Antrag, und zwar ganz bewusst. Es mag vielleicht ein Zeichen sein, aber es ist das falsche Mittel. Wenn man die subjektive Sicherheit erweitern möchte, müsste man ein Konzept erarbeiten, wie man vorgehen möchte, welche Hotspots es betrifft und zusammen mit möglichen Sicherheitsdiensten überlegen, wie man das dann erreichen könnte. Hier einfach hinzugehen und zu sagen, wir zahlen mal CHF 20'000 mehr, und dann ist es erledigt, wird so in dieser Form nicht funktionieren. Deshalb bitte ich, diesen Antrag nicht zu unterstützen. Der Stadtrat könnte konzeptionell etwas ausarbeiten und uns vorlegen oder in eigener Kompetenz entscheiden. Aber einfach einen mit einem schwammigen Auftrag versehenen Budgetposten einzufügen, finde ich nicht das probate Mittel. Besten Dank, dass Sie diesen Antrag ablehnen.

Linda Heller, SP/Grüne: Vielen Dank Cyrill Stadler, ich stimme dir zu und bitte Sie ebenfalls, diesen Antrag abzulehnen. Eine Erhöhung dieses Budgetpostens führt meiner Meinung nach nicht zu mehr Sicherheit in Arbon. Bei privaten Sicherheitsdiensten wie bei der Securitas AG mangelt es häufig an Transparenz, staatlicher Kontrolle und Rechenschaftspflicht. Private Sicherheitsfirmen müssen ja nicht dieselben Transparenzstandards erfüllen wie staatliche Behörden und sie geniessen auch weniger strenge Auflagen als staatliche Sicherheitsbehörden. Vorfälle

werden seltener öffentlich gemacht oder strafrechtlich verfolgt, was das Risiko von Fehlverhalten erhöht. Dazu kommt, dass Mitarbeitende privater Sicherheitsdienste häufig nicht so gut ausgebildet sind wie staatliche Sicherheitskräfte. Dies könnte zu ineffizienter oder unangemessener Handhabung von Konflikten führen. Ich bitte Sie, den Antrag auf eine Budgeterhöhung abzulehnen.

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Der Stadtrat muss dazu schon auch etwas sagen. Es sind jetzt am Schluss zwei Bemerkungen gegen diesen Antrag gefallen. Das Thema Sicherheit und Sicherheitsdienste ist ja hier im Parlament immer wieder ein Thema und wird immer wieder heiss diskutiert. An der letzten Sitzung haben wir beispielsweise die Hundeleinenpflicht besprochen. Dabei wurden die Schwierigkeiten beim Bushof erwähnt. Cyrill Stadler, du sagst, es gebe kein Konzept. Ich kann mich erinnern, dass wir vor zwei Jahren, als wir eine Erhöhung beantragten und auch gescheitert sind, ein Konzept vorgelegt haben, wann welche Zeiten abgedeckt sind, wo kontrolliert wird und was kontrolliert werden kann. Wir haben ein Konzept vorgelegt. Leider sind wir als Stadtrat mit Erhöhungen immer wieder gescheitert, deshalb bin ich sehr froh, dass der Antrag diesmal aus dem Parlament kommt. Zu Linda Heller möchte ich noch sagen, ich weiss nicht genau, was sie mit staatlicher Sicherheit meint oder dass die Securitas, also der Sicherheitsdienst, den wir angestellt haben, nicht geeignet oder nicht gut ausgebildet sein soll. Die Leute sind vereidigt und geübt. Es gibt Aufgaben, die die Stadt erledigen muss, und es gibt Aufgaben, die die Kantonspolizei beauftragen muss. Ich wäre auch froh, die Kantonspolizei wäre in gewissen Fällen viel schneller da. Aber dort müssen wir uns auf die Securitas beschränken. Ich bin wie gesagt froh, dass der Antrag aus dem Parlament kommt. Ich oder das Ressort kann mit diesem CHF 20'000 sicher einiges bewirken. Bereits im Konzept haben wir darauf hingewiesen, dass von Oktober bis April an den Quaianlagen fast keine Kontrollen stattfinden, sondern nur bei den Gebäuden, damit diese gesichert sind. Da könnten wir einiges verbessern und Sicherheit gewähren. Natürlich, das ist klar, die Sicherheit ist heute ein grosses Problem. Wir können die Leinenpflicht kontrollieren, wir können da für Sicherheit sorgen, wir können Randalierer, Littering und kleinere Vorfälle beim Bushof kontrollieren, das werden wir auch kontrollieren. Mit diesem CHF 20'000 haben wir ganz bestimmt mehr Möglichkeiten, für mehr Sicherheit zu sorgen. Was die Sicherheit auch betrifft, ist das Thema Tankstellenshopüberfälle. Da haben wir als Stadt mit der Securitas praktisch keine Chance. Auch bei Gewaltanwendungen, sei es häusliche Gewalt oder Gewalt draussen gegenüber Dritten, wird es schwierig, das Sicherheitsgefühl zu verbessern. Aber mit diesen CHF 20'000 können wir ganz bestimmt etwas bewirken. Ich hoffe, beim Geschäftsbericht schon ein bisschen mehr darüber berichten zu können. Besten Dank für Ihre Zustimmung.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Jetzt muss ich doch noch als FGK-Präsident etwas sagen. Wir haben das Budget mit dem Stadtrat besprochen, Fragen gestellt, und explizit diese Kontrollen der Aussenanlagen waren am Fragenachmittag mit dir ein Thema. Da hättest du ja diesen Antrag stellen können mit der Untermuerung, was dann mit diesen CHF 20'000 geschehen soll. Bezug nehmen auf ein Konzept, das wir vor zwei Jahren einmal abgelehnt haben, finde ich etwas schwierig. Darum bleibe ich dabei, bitte ablehnen.

Abstimmung

Der Antrag von Aurelio Petti wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen angenommen.

Matthias Schawalder, SVP: Ich möchte mit meiner Frage am Thema anknüpfen, welches ich in der Fragerunde an der letzten Parlamentssitzung bereits angesprochen habe. Es geht dabei um die Leinenpflicht für Hunde in städtischen Parkanlagen. Wer während den schönen Sommertagen seine Freizeit in den Parkanlagen geniessen wollte, konnte mit hoher Wahrscheinlichkeit bemerken, dass einige Hundebesitzer diese Regeln nicht einhalten. Sei es daher, dass sie nicht wissen, dass zum Beispiel an der Seeuferpromenade Leinenpflicht besteht oder dass es ihnen einfach egal ist. Ich habe in den vergangenen Wochen mehrere Personen höflich darauf hingewiesen. Die häufigste Antwort war, dass das mit der Leinenpflicht so nicht stimmt oder dass es ihnen einfach gesagt egal ist. Gleichzeitig weiss ich von Hundebesitzerinnen und Hundebesitzern, dass sie sich an den fehlbaren Personen massiv stören, da einige ihre Hunde nicht im Griff haben und angeleinte Hunde drangsaliieren. Weiter habe ich in Gesprächen schon erfahren, dass Personen,

die sich vor Hunden fürchten, explizit die Seeuferpromenade für einen Spaziergang wählen, da sie davon ausgehen, dass die Hunde dort angeleint Gassi geführt werden. Leider werden sie meistens enttäuscht.

Es ist ja nicht so, dass es in Arbon keine Möglichkeiten gibt, Hunde auszupowern und sie herum-springen zu lassen. Der Seepark mit der Schütli gleich hinter mir ist ein wunderbarer Ort dafür. Stadtrat Luzi Schmid hat an der letzten Parlamentssitzung auf meine Frage bezüglich dem Vorgehen der Securitas bei Nichteinhaltung der Leinenpflicht geantwortet, dass zuerst darauf hingewiesen wird und dass bei wiederholtem Fehlverhalten eine Busse ausgestellt wird. Ich finde dieses Vorgehen gut, möchte bei diesem Thema jedoch trotzdem einen Akzent setzen und einen Budgetposten von CHF 1'500 festhalten. Dies analog zu den Litteringbussen, was in den letzten Jahren bestens funktioniert hat. Ich bitte Sie daher, meinen Antrag zu unterstützen und damit unsere schönen Parkanlagen für alle Menschen noch attraktiver zu machen.

Linda Heller, SP/Grüne: Ich bitte Sie, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen. Studien zeigen, dass die Höhe der Strafe nicht zwangsläufig eine abschreckende Wirkung hat. Oft spielen andere Faktoren, wie die Wahrscheinlichkeit erwischt zu werden, eine grössere Rolle als die Höhe der Geldbusse. Ausserdem wäre eine Erhöhung von Bussgeldern eine unsoziale Belastung von Menschen mit geringerem Einkommen, denn eine Erhöhung von Bussgeldern bedeutet für sie eine wesentlich grössere finanzielle Belastung als für Menschen mit einem höheren Einkommen. Eine solche Massnahme kann demzufolge die soziale Ungleichheit weiter verschärfen. Weiter kann eine Erhöhung der Bussgelder einen erhöhten Verwaltungsaufwand bedeuten, da Betroffene eher Rechtsmittel einlegen oder Einspruch gegen die Bussgelder einlegen könnten. Dazu kommt, dass Bussgelder als gerecht und verhältnismässig wahrgenommen werden sollten, um die Akzeptanz der Bevölkerung zu sichern. Last but not least ist die Förderung von alternativen Massnahmen sinnvoller. Statt Bussgelder zu erhöhen könnten alternative Massnahmen, zum Beispiel Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen, eine nachhaltigere und längerfristige Wirksamkeit haben, um Fehlverhalten zu reduzieren. Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag nicht zu folgen.

Matthias Schawalder, SVP: Es geht nicht um eine Erhöhung der Bussgelder, das Bussgeld besteht bereits. Es geht um die Umsetzung des geltenden Rechts, dass diese Bussen tatsächlich ausgesprochen werden, wenn es zu einem wiederholten Fehlverhalten kommt. Es geht um die Erstellung eines Kontos für Bussen auf Nichteinhaltung der Leinenpflicht über CHF 1'500.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Man kann nicht einfach irgendwo ein Konto erstellen, dafür gibt es extra einen Plan. Da müsste man bei Pascal Büchler nachfragen, in welches Konto man das einbuchen könnte. Ich bin trotzdem dagegen.

Matthias Schawalder, SVP: Dieses Vorgehen und auch die Eingliederung an dieser Stelle wurde so mit Pascal Büchler abgestimmt.

Riquet Heller, FDP/XMV: Der Antrag von Matthias Schawalder geniesst bei mir ein gewisses Wohlwollen. Wenn das budgetiert wird, dann wird der Stadtrat angehalten, das auch zu kontrollieren und das Soll zu erfüllen. Dasselbe haben wir auch beim Littering gemacht. Auch dort wurde lebhaft diskutiert darüber, wie hoch die Bussen sein sollen, die eingenommen werden. Und noch zum sozialen Aspekt: Das sind Tarife, die im entsprechenden Hundegesetz oder im entsprechenden Litteringgesetz festgehalten sind. Es sind Strafverfügungen, die von den Gemeinden erlassen werden können. Dann geht es ans Gericht. Und die Bussen haben mehr symbolischen Charakter. Es wurmt einen und man macht es nicht mehr. Es ist also nicht eine finanzielle Beeinträchtigung. Alle sozialkritischen Argumente gegen diese Bussen sind demzufolge nicht angebracht. Stimmen Sie dem Antrag Schawalder zu.

Ulrich Nägeli, SVP: Ich bin selber Hundebesitzer und mir gelingt es auch nicht immer, alles zu machen und mein Hund macht auch nicht immer das, was er soll. Aber es ist schon so, die Hundefreunde werden darauf angesprochen, weil es eben nicht funktioniert oder nicht immer funktioniert. Ich denke nicht, dass es therapeutische Massnahmen braucht, um mit Hundebesitzern zu

sprechen. Es braucht halt wirklich Bussen. Jeder Autofahrer muss auch Bussen bezahlen, wenn er sich falsch verhält. Wenn wir diesem Recht oder dieser Vorschrift einmal Vortrieb geben wollen, dann müssen wir das annehmen. Ich denke, dass angesichts der tausenden von Hunderten, die das ganze Jahr hindurch durch den Park marschieren, Matthias Schawalder diese CHF 1'500 recht moderat ansetzt. Darum bitte ich Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Abstimmung

Der Antrag von Matthias Schawalder wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen angenommen.

Seite 9

1408 Berufsbeistandschaft

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich spreche zur Berufsbeistandschaft und stelle fest, wie diese stark gewachsen ist, nämlich von ursprünglich etwa CHF 800'000 im Jahr 2022 auf jetzt über CHF 1.1 Mio. Vorbei sind die Zeiten, als unser Fürsorger Venner jeweils noch Reklame machte für private Beistandschaften. Das läuft jetzt alles professionell und beamtet und wird deshalb so teuer. Wohin aber ich mein Augenmerk besonders lege, ist auf Dienstleistungen, die wir Dritten abgeben. Es ist das die Gemeinde Roggwil. Das ist die letzte Zeile dieses Kapitels auf der Seite 10. Die zahlt für unseren professionellen Superdienst, der sehr teuer ist, gerade mal CHF 43'000 und kann damit an unserer Einrichtung partizipieren. Roggwil hat etwa 3'500 Einwohner, das ist etwa 20 % von Arbon. Aufwandsmässig sind sie bei 5 %, eine klare Trittbrettfahrerposition. Sie wissen, dass vor Jahren dieses Thema der Trittbrettfahrerei, dass Aussengemeinden bei den Zentren an die guten Dienste anknüpfen, kritisiert worden ist, und dass wir gesagt haben, das machen wir nicht mehr. Die Aussengemeinden dürfen durchaus partizipieren. Die Zusammenarbeit ist etwas Gutes, aber nicht zu Dumpingpreisen. Deshalb die Frage an den zuständigen Stadtrat: Wie können Sie die Dienstleistungen der Berufsbeistandschaft für 3'500 Einwohner für nur CHF 43'000.00 verscherbeln?

Stadträtin Sandra Eichbaum, XMV: Herzlichen Dank für deine Frage und für deine Aufmerksamkeit. Wir waren auch aufmerksam und uns ist das auch aufgefallen. Es ist tatsächlich so, dass wir auch bei Dienstleistungen, die wir für andere Gemeinden anbieten, genau hinschauen müssen, und sie sollen auch einen angemessenen Beitrag finanzieller Art leisten. Wir sind deshalb ins Gespräch gekommen mit der zuständigen Gemeinderätin Debora Bilgeri von Roggwil und haben das eingehend diskutiert. Das Ziel ist, eine Handhabung zu finden, die sich an den effektiven Kosten orientiert und dass nicht mehr ein Pauschalbetrag eingesetzt wird. Wir sind noch in der Verhandlung und sind uns noch nicht einig geworden, aber wir sind auf gutem Weg.

Seite 17

3410 Sport

Riquet Heller, FDP/XMV: Im Text steht «Budget in Absprache mit der Schulbehörde». Mit Schulbehörde in Arbon? Welche? Wir haben vier. Wahrscheinlich wird die Antwort kommen: Primarschulgemeinde Arbon. Wenn das die Antwort ist, freut mich das sehr, denn dann ist selbstverständlich, dass die Schulbehörde Arbon die Primarschulgemeindebehörde Arbon ist.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Ich muss dich leider enttäuschen, es geht um die Sekundarschulgemeinde Arbon. Die Dreifachturnhalle wird betrieben von der Sekundarschulgemeinde, und der Kanton mit dem Berufsbildungszentrum und die Stadt Arbon beteiligen sich je zu einem Drittel an den Kosten.

Seite 23

4120 Kranken-, Alters- und Pflegeheime

Konto 4120.3631.00 Beiträge Langzeitpflege Pflegeheime

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Hier geht es um eine Reduktion des Budgetpostens Beiträge an Langzeitpflege Pflegeheime von ursprünglich CHF 1.8 Mio. auf CHF 1.046'000. Das hat mit einer eben erst eingegangenen Schätzung des Kantons zu tun, die uns der Stadtrat noch eingespielt hat.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Sind weitere Wortmeldungen zum FGK-Antrag? – Wenn nicht, gilt dieser stillschweigend als genehmigt.

Seite. 27

5430 Alimentenbevorschussung und Inkasso
Konto 5430.3637.00 Alimenten-Bevorschussung

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Bei den Alimentenbevorschussungen stehen wir zum 31. Mai in der Hochrechnung bereits bei CHF 580'000. Im Vorjahresbudget waren CHF 600'000 drin und nur eine Reduktion auf CHF 550'000. In der FGK haben wir diesen Betrag diskutiert. Der Vorsicht gebietend würden wir beliebt machen, diesen Betrag bei der Hochrechnung 2024 zu belassen, nämlich bei CHF 580'000.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Sind weitere Wortmeldungen zum FGK-Antrag? – Wenn nicht, gilt dieser stillschweigend als genehmigt.

Seite 29

5451 Kinderkrippen und Kinderhorte
5451.4260.35 Rückerstattung Betreuungsgutschriften schulergänzende Kinderbetreuung

Riquet Heller, FDP/XMV: Da wird darauf verwiesen, dass wir den Verteilungsschlüssel zulasten der Stadt und zugunsten der Schulgemeinden geändert hätten. Was überhaupt nirgends erwähnt wird, sei es im Bericht der Stadt, sei es im Bericht der vorberatenden Kommission, sei es auch hier im Text, dass da der Steuerzahler aus dieser Tatsache gar keine Belastung hat. Was er bei der Stadt mehr bezahlt, ist er bei der Schulgemeinde entlastet. Demzufolge bitte keine Trauerstimmung, dass da mehr Kosten bei der Stadt anfallen. Unsere Dienstherren, das sind die Steuerzahlenden und Stimmberechtigten, sind entlastet bei den Schulgemeinden. Demzufolge ist das gar keine Tragik, dass da mehr ausgegeben wird. Denn für denselben Betrag, den wir in der Stadt mehr dafür bezahlen, ist die Entlastung bei den Schulgemeinden gegeben. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Seite 45

8400 Tourismus und Marketing
8400.3636.01 Beitrag an Thurgau Tourismus

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Fehlende jährliche Berichterstattung von Thurgau Tourismus: Vor zwei Jahren hat das Arboner Stadtparlament dem neuen Tourismuskonzept zugestimmt. Im Wesentlichen sah das Konzept vor, dass die touristischen Aufgaben nicht mehr durch Arbon Tourismus, sondern neu von Thurgau Tourismus wahrgenommen werden. Zudem hat die Stadt Arbon eine 60%-Stelle für die Projektleitung Arbon attraktiv geschaffen. Mit der Einführung wurde ein langjähriger Streit zwischen Arbon Tourismus und Thurgau Tourismus beigelegt. Am 1. Januar 2023 übernahm Thurgau Tourismus die Räumlichkeiten von Arbon Tourismus an der Schmiedgasse in der Altstadt und eröffnete somit eine weitere kantonale Tourismusanlaufstelle. Thurgau Tourismus wies darauf hin, dass die bisherigen Öffnungszeiten insbesondere während den Sommermonaten ungenügend seien und Thurgau Tourismus diese deutlich erhöhen würde. Ein weiteres Ziel, mit einem Produktmanagement für die Region Oberthurgau sollten neue touristische Angebote entwickelt und vermarktet werden. Und zu guter Letzt wurde Arbon, also uns als Parlament und Arbon ein jährlicher Bericht über die Aktivitäten und die Entwicklung in Aussicht gestellt. Leider haben wir keine Kenntnis von einem Bericht und stellen auch fest, dass die Arbeit von Thurgau Tourismus für Arbon kaum wahrgenommen wird. Anstatt die Öffnungszeiten zu erhöhen, wurden sie sogar gekürzt. Die heutigen Öffnungszeiten lauten wie folgt: Montag, Dienstag

und Donnerstag 14 bis 17 Uhr, Mittwoch von 9 Uhr bis 11:30 Uhr und von 14 Uhr bis 17 Uhr, Freitag, Samstag und Sonntag geschlossen – da hat es ja keine Touristen. Die Wahrnehmung ist, dass der Service für Einheimische und Gäste deutlich reduziert wurde. Für die Weiterführung der Zusammenarbeit benötigt Arbon den versprochenen jährlichen Bericht und konkrete Resultate.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Die Saison ist gerade abgeschlossen und Rolf Müller, der Leiter von Thurgau Tourismus hat den Bericht spezifisch für Arbon mit den aktuellen Zahlen der letzten Saison auf Ende Oktober in Aussicht gestellt. Diesen werden wir dem Parlament selbstverständlich zur Verfügung stellen. Ich gehe davon aus, dass dies im November der Fall sein wird.

Konrad Brühwiler, SVP: Ich stelle voran, dass mir die Tourismusförderung durchaus wichtig ist und sehr am Herzen liegt. Ich finde sogar den Tourismus für die Stadt Arbon und für den Kanton Thurgau sehr wichtig. Aber mir ist diese Förderung zu unkoordiniert. Kollege Aurelio Petti hat das gerade klar und deutlich geschildert. Deshalb schlage ich vor, hier einen Marschhalt zu machen. Denn es kann nicht sein, dass wir für Tourismus und Marketing von der Rechnung 2023, die betrug CHF 270'000, auf neu fast CHF 430'000 erhöhen. Ich stelle deshalb zwei Anträge. Ich stelle sie gemeinsam und überlasse es der Präsidentin, diese einzeln zu behandeln.

Antrag 1: Konto 8400.3131.00 Lokale Tourismusförderung: Der Betrag ist um CHF 70'000 auf CHF 40'000 zu kürzen mit dem Vermerk Arboriweg. Mir sagt dieser Name lediglich aus der Zeitung etwas, aber ich kenne weder ein Konzept noch sonst etwas.

Antrag 2: Konto 8400.3650.00 Beiträge an Anlässe: Der Beitrag ist hier um CHF 20'000 von CHF 90'000 auf CHF 70'000 zu kürzen mit dem Vermerk Seenachtsfest. Das haben wir in diesem Jahr mit CHF 30'000 unterstützt und es soll neu mit CHF 50'000 unterstützt werden. Das kann ich so nicht verstehen.

Ich habe heute auch mit Rolf Müller von Thurgau Tourismus gesprochen. Ich habe ihn per Zufall an einer Sitzung in Frauenfeld getroffen und ihn zum Betrag, der heute Abend plötzlich mehr zur Verfügung stehen soll, gefragt, und er hat auch den Kopf geschüttelt. Mir schwebt vor, noch in diesem Jahr einen öffentlichen Tourismuskongress zu machen, zu dem Stadtparlamentarier, der Stadtpräsident, aber auch lokale Politiker aus der Region eingeladen werden sollen, damit wir hier wieder ein bisschen Koordination hineinbringen.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Ich möchte zuerst etwas zum Projekt Arboriweg resp. das Angebot, das wir da in der Altstadt aufbauen möchten, sagen. Das ist ein Projekt, das die Stadt Arbon zusammen mit Thurgau Tourismus macht. Es geht darum, im Städtli ein Angebot für Familien mit Kindern im Bereich Unterstufe aufzubauen. Es soll ein Erlebnisbad erstellt werden. Wie beim Arbor Felix Pfad soll der Arbori, dieser Vogel von Heidi Weh, das Patronat haben, das der Anknüpfungspunkt. Es geht aber um ganz etwas anderes, es geht um sieben bis zehn Stationen, die Spiele und Aktivitäten für Kinder und gleichzeitig auch Infos für die Erwachsenen enthalten, also auch für die Erwachsenen attraktiv sind. Es soll auch ein möglichst inklusiver Weg werden. Warum ist das wichtig? Für Arbon und das Städtli ist das sehr wichtig, denn Leute kommen dahin, wo es ein Angebot gibt. Es kommt niemand einfach einen Kaffee trinken. Das gibt es zwar auch, ist aber eher selten. Wir wollen ein Angebot schaffen für Familien, damit die Leute auch ins Städtli kommen und das Städtli weiter beleben. Es ist mir deshalb sehr wichtig, dass Sie diesen Antrag ablehnen. Das Angebot soll auch möglichst ganzjährig zugänglich sein. Man kann diesen Weg auch im Winter machen, wenn die Badi vielleicht geschlossen ist und sonst nicht so viele Touristen hier in Arbon sind.

Zum Seenachtsfest: Es ist wichtig, Arbon unterstützt das Seenachtsfest hier mit CHF 50'000. Darin eingeschlossen ist eine Defizitgarantie von CHF 30'000, wenn ich die Zahlen richtig im Kopf habe. Wir hatten dieses Jahr das Seenachtsfest seit längerer Zeit zum ersten Mal wieder. Ich glaube, die Leute, die vor Ort waren, wissen, wie es ausgesehen hat. Es hat nur geregnet, es war

nicht gerade ein einfacher Start. Aus diesem Grund, aber weil wir auch das Konzept und die Art, wie es stattfindet, gut finden, hat der Stadtrat entschieden, das Seenachtsfest mit CHF 50'000 zu unterstützen. Ich bitte Sie auch hier, den Antrag abzulehnen.

Michael Zwahlen, SP/Grüne: Wer A sagt, muss auch B sagen. Wer sagt, mir ist der Tourismus wichtig, sollte nicht bei solchen konkreten Projekten, die den sanften Tourismus fördern, relativ einfach umsetzbar sind und eine wichtige Anspruchsgruppe, nämlich Familien mit kleinen Kindern ansprechen sollen und ganz einfach Leute in die Altstadt bringen, sagen, wir streichen CHF 70'000. Das würde ich gerade unterstützen wollen. Und gegen die Idee, das konzeptionell zu verankern und das Engagement auf eine Linie zu bringen, hat wohl niemand etwas einzuwenden. Das ist sicher zielführend, es hat aber nichts mit diesen CHF 70'000 zu tun.

Lukas Auer, SP/Grüne: Auf Seite 38 haben wir Beitrag Kursschiffahrt, Beitrag Projekt Elektrofähre Arbon Langenagen stillschweigend zugestimmt, dies mit dem Hintergedanken, dass wir in Arbon den Tourismus brauchen und dass wir Attraktivität brauchen. Wir brauchen Leben, sei es in der Altstadt oder im Saurerwerk 2. Wir wissen, das Museum kommt ein bisschen später. Über diese Rasenmähermethode bin ich sehr erstaunt. Konrad, du schadest gezielt dem Tourismus der Altstadt der Stadt Arbon. Wo ich dir recht gebe ist, dass wir uns einmal zusammensetzen sollten. Rolf Müller hat es uns versprochen – ich möchte jetzt nicht die EZO-Debatte nochmals hervor holen – mehr Transparenz zu bringen. Ich bin deiner Meinung, dass wir sagen, er soll hierherkommen, es soll eine offene Runde geben, es soll einen Workshop geben für weitere Jahre für Tourismusangebote in Arbon. Aber hier ein solches Zeichen zu setzen und gezielt unsere Wahlversprechen, die wir auf Wahlplakaten immer wieder herausposaunen, wir wollen Arbon vorwärtsbringen, Tourismusstadt Arbon first – und jetzt machen wir das. Stellen Sie sich mal vor, was das für ein Zeichen ist. Stellen Sie sich mal vor, wer soll dann nach Arbon kommen ausser wir, die sowieso hier wohnen? Also bitte schaden wir nicht unserer Stadt mit so einem unnötigen Antrag.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Ich bin ein bisschen irritiert, denn auch ich habe mit Rolf Müller telefoniert. Und zwar nicht nur gestern oder heute, sondern wir machen das fast monatlich, wir setzen uns auch zusammen. Wir haben, wie es erwähnt wurde, eine Mitarbeiterin, die sich um den Tourismus kümmert. Wir sind in einem regen Austausch. Auch mit unserer ehemaligen Mitarbeiterin Fränzi Bresciani werden mit Thurgau Tourismus Projekte koordiniert. Notabene ist die Aufgabenteilung zwischen Thurgau Tourismus und der lokalen Tourismusorganisation die, dass wir für die Leistungserbringung zuständig sind. Wir müssen Attraktionen und Angebote schaffen. Thurgau Tourismus hilft uns, das zu vermarkten und in die Welt hinauszutragen. Dafür bezahlen wir CHF 60'000 pro Jahr, dass sie diese Angebote in die Welt tragen. Wir lokal sind verantwortlich, dass es Angebote gibt. Das macht nicht Thurgau Tourismus, und diese Koordination findet statt. Zugegeben, man kann sich sicher wieder einmal zusammensetzen und es schärfen, aber das tun wir schon, angefangen beim Christkindlimarkt. Dieses Jahr haben wir uns sogar mit Langenargen zusammengesetzt und haben eine Tourismuskampagne auf die Beine gestellt für diese zusätzlichen Schifffahrten, die notabene auch Wirkung zeigt. Es gab auf den sozialen Medien fast 250'000 Kontakte zu diesen zusätzlichen Schifffahrten, wo Tagespläne heruntergeladen werden können, wo die Leute direkt den Link finden zu all diesen Dingen. Das beantwortet vielleicht eine Frage, die später kommt, das sind zusätzliche Aufwendungen in Kommunikation und Marketing. Es braucht flankierende Massnahmen, um unsere eigenen Angebote zu promoten. Ich habe es immer gesagt, ich habe es auch mit Aurelio Petti diskutiert, ich war Feuer und Flamme für diese zusätzlichen Schifffahrten unter der Bedingung, dass die in Langenargen merken, was wir in Arbon haben, und dafür braucht es Kommunikation und Medienauftritte.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Vielen Dank für die ergänzenden Erklärungen. Jedoch müssen wir das auch ein bisschen einordnen. Auf der einen Seite verstehe ich natürlich das Anliegen von Konrad Brühwiler, dass die Summe auf den ersten Blick als relativ hoch erscheint. Ich unterstütze das, dass wir das Dossier in einem grösseren Rahmen besprechen. Aber Ordnung muss man schon machen. Auf der einen Seite gibt es Thurgau Tourismus. Thurgau Tourismus ist verantwortlich für die Vermarktung des Kantons Thurgau, des Labels Thurgau in der Schweiz und sonst

wo. Auf der anderen Seite entwickelt Thurgau Tourismus auch Produkte. Ich habe es in meinem Votum eingehend gesagt, es ist nicht so, dass nur wir in Arbon Produkte entwickeln. Wir haben vor einigen Jahren zusätzliches Geld für ein Oberthurgau Produktmanagement als Versuchsphase lanciert. Wir haben das Geld bezahlt, leider ist nicht wirklich sehr viel zurückgekommen mit der Begründung Corona. Genau in der Coronazeit haben viele Unternehmungen extrem viel Kopfarbeit gemacht, Projekte lanciert, Produkte entwickelt und die Zeit genutzt. Leider hat man seitens Thurgau Tourismus diese Zeit ein bisschen verschlafen. Das muss ich schon sagen, denn auch Arbon gehört zum Oberthurgau.

Das Dritte, was du gesagt hast, ist völlig korrekt. Dinge, die wir in Arbon tun können, müssen wir zwingend tun. Wir haben einen eigenen Brand, der heisst Arbon, und dieser muss von uns auch vermarktet werden mit gezielten Produkten. Ich finde das Produkt Arboriweg ein sehr gutes Projekt, das hilft, die Altstadt und auch Arbon zu aktivieren. Wir sprechen hier nur von Tourismusmarketing und Tourismus, aber natürlich ist Arbon On irgendwo auch ein Teil von Tourismusmarketing, es ist Standortmarketing. Also hängt alles ein bisschen zusammen, und es ist nicht immer ganz einfach, das auseinanderzuhalten. Ich denke schon, man muss es sachlich angehen, aber wir müssen effektiv unsere schöne Stadt auch selber attraktiv gestalten. Von dem her würde ich auch empfehlen, diese beiden konkreten Anträge nicht anzunehmen.

Ulrich Nägeli, SVP: Auch ich unterstütze Arbon Tourismus, das ist für uns ein wichtiges Standbein. Ich habe meine Frage anders formuliert. Diese Konten wurden teilweise kräftig angehoben, daher meine Frage: Ist das jetzt eine einmalige Angelegenheit wegen diesem Arboriweg oder wiederholt sich das dann 2026?

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Ja, das ist eine einmalige Sache. Es geht bei diesen CHF 70'000 darum, diesen Weg zu entwickeln und zu bauen. Nachher ist er da, er muss natürlich auch unterhalten werden, aber die CHF 70'000 sind ein einmaliger Betrag.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Konrad Brühwiler hat zwei Anträge gestellt; wir werden einzeln über die Anträge abstimmen.

Abstimmung

Antrag 1 von Konrad Brühwiler wird mit 1 Ja-Stimme gegen 25 Nein-Stimmen abgelehnt.

Antrag 2 von Konrad Brühwiler wird mit 4 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 47

9500 Ertragsanteile, übrige

Konto 9500.4601.02 Gemeindeanteil an Grundstückgewinnsteuern

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegt ein Antrag der FGK vor, aber Cyrill Stadler ist momentan nicht im Saal.

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP: Ich habe es in meinem Eingangsvotum erwähnt, Cyrill Stadler hat es auch erwähnt, die Schätzungen des Kantons, was die Steuereinnahmen auch bei den Grundstückgewinnsteuern anbelangt, sind einiges tiefer als ursprünglich gedacht. Aus diesem Grund beantragt die FGK, die Einnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern von CHF 1.3 Mio. auf CHF 1.15 Mio. zu reduzieren.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Sind weitere Wortmeldungen zum FGK-Antrag? – Wenn nicht, gilt dieser stillschweigend als genehmigt.

Seite 49

9635 Feilenstrasse 1, Stachen

Konto 9635.4439.00 Heiz- und Nebenkosten

Cyrrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Hier geht es um einen Vorzeichenfehler, den man noch korrigiert hat. Statt CHF -3'000 CHF +'3000.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Sind weitere Wortmeldungen zum FGK-Antrag? – Wenn nicht, gilt dieser stillschweigend als genehmigt.

Investitionsbudget und -plan

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Bei Wortmeldungen bitte ich Sie, zuerst die entsprechende Kontonummer zu nennen.

Seite 1 Verwaltungsvermögen
0 Allgemeine Verwaltung
Konto 0293.5040.00 Seeparksaal

Jakob Auer, SP/Grüne: In der Investitionsrechnung ist ein Betrag von CHF 260'000 für einen neuen Boden und Abdeckung für das Jahr 2025 budgetiert. Im Planjahr 2027, zwei Jahre später, ist der Betrag von CHF 150'000 für eine neue Bestuhlung budgetiert. Der Zustand der jetzigen Stühle zeigt, dass sicher die Hälfte sich unten auflöst und es Reklamationen wegen defekten Strümpfen und Kleidungsstücken gibt, wenn der Saal vermietet wird. Daher ist es an sich doch eine sinnvolle Lösung, wenn man den Boden neu macht, auch gleich die Bestuhlung zu ersetzen. Daher stelle ich den Antrag, den Betrag von CHF 150'000 Bestuhlung vom Planjahr 2027 beim Konto 0293.0050.40 Seeparksaal ins Budget 2025 zu verschieben und gleichzeitig mit der Erneuerung des Parketts und der Abdeckung zu machen.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Besten Dank für diesen Antrag. Beim Seeparksaal hat der Stadtrat die nötigen Investitionen zusammen mit der Verwaltung priorisiert und nach Dringlichkeit geordnet. Die Stühle haben wir als nicht so dringlich wie den neuen Boden und auch wie die Video- und Tonanlage eingeschätzt. Es stimmt aber, die Stühle sind nicht in einem guten Zustand. Viele sind defekt und viele sind auch arg in Mitleidenschaft gezogen. Wenn das Parlament die Anschaffung vorziehen will, dann sollte das aus Sicht des Stadtrats auch 2025 möglich sein.

Abstimmung

Der Antrag von Jakob Auer wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltungen angenommen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Mit der Annahme verändert sich auch die Abschreibung auf dem Konto 0293.3300.60.

Seite 2
3 Kultur, Sport und Freizeit

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich beziehe mich auf die Etappierung des Schlosses. Sie wissen, in den Ritzen des Schlossturms nisten Mauersegler. Dies war Grund, dass der Stadtrat die Sanierung dieses Turms auf zwei Jahre aufgeteilt hat. Nämlich zwei Seiten des Turms pro Jahr eingerüstet und daran arbeiten und die anderen beiden Fassaden im betreffenden Jahr freizulassen und im nächsten Jahr umgekehrt. Weiter sollen die Arbeiten während der Brutzeit der Vögel ruhen. Das heisst, zwischen April und August darf nicht gearbeitet werden, denn in dieser Zeit brüten die Mauersegler. Diese Sommermonate sind zugleich auch die besten Zeiten, wo diese Mauerarbeiten durchgeführt werden können. Etappierung auf zwei Jahre heisst darum nebst Stillstand der Arbeiten während zwei Jahren für fünf Monate Aufstellen und Abräumen eines Baugerüsts, fünf Monate Stillstand der Arbeiten. Diese Art des Bauens verursacht Mehrkosten, die nicht angefallen wären, wenn der Turm einmal ganz eingerüstet und die Arbeiten in einem Jahr mit vielen Arbeitern ohne Unterbruch im Sommer durchgezogen würden, statt dass weniger Arbeiter am Turm während zwei Jahren herumbasteln. Entsprechend fiel die Sanierung mit CHF 2.1 Mio. teuer aus.

Die Parlamentsdebatte vom 12. März hier in diesem Saal hat ergeben, dass die Mauersegler-Kästen, die aussen an den Netzen des Baugerüsts montiert werden, als Nistgelegenheiten akzeptieren und dahinter weitergebaut werden kann. Der ganze Schlossturm kann daher aus Sicht der Vögel aufs Mal eingerüstet und die Arbeiten an der Mauer müssen während der Brutzeit der Vögel nicht unterbrochen werden. Zu Deutsch: Die Vögel sind nicht schuld, dass die Sanierungsarbeiten dermassen teuer ausgefallen sind und zu etappieren waren. Die Stimmberechtigten haben diese CHF 2.1 Mio. bereits genehmigt, die öffentliche Auflage der Baubewilligung ist erfolgt. Ich war auf der Bauverwaltung und habe Einblick in die Akten genommen. Zu meinem Erstaunen soll nach wie vor etappiert saniert werden. Das stimmt mit den grünen Seiten des Investitionsplans und dort auf Seite 2 mit dem zitierten Konto überein. Renoviert wird der Turm das nächste und übernächste Jahr. Daraus ergibt sich die Frage: Bewirken Parlamentsdebatten etwas oder schwatzen wir bloss? Konkret: Hat die Debatte in Sachen Sanierung Schlossturm und die Erkenntnis, dass die Mauersegler Brutkästen akzeptieren, bewirkt, dass der Stadtrat von der Etappierung abgesehen hat, dies nämlich um Kosten zu sparen und die Verschandelung des Turms mit einem Baugerüst von zwei Jahren auf ein Jahr zu reduzieren? Je nachdem, wie die Antwort ausfällt, halte ich mir einen entsprechenden Antrag vor, dass in einem Jahr saniert wird, sei es im Jahr 2025 oder im Jahr 2026. Ich gebe dabei durchaus zu, dass das eine sehr operative Angelegenheit ist, die eigentlich nicht ins Parlament gehört, sondern vom Stadtrat zu entscheiden wäre, nämlich wie etwas ausgeführt wird. Ich bin gespannt auf die Antwort.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Diese Frage zeigt ein grosses Interesse an diesem Sanierungsprojekt und auch am Natur- und Vogelschutz. Du hast es richtig gesagt, wir haben in der Parlamentsdebatte schon über die Vögel diskutiert, allerdings haben wir da nicht entschieden oder nicht eruieren können, ob das mit diesen Nistkästen dann geht. Wir haben uns mit dem Vogelschutzverein Meise, vertreten durch Erika Willi, und der Vogelwarte Sempach getroffen, und die Vogelwarte hat uns auch bestätigt, dass die Mauersegler im allgemeinen die Nistkästen tatsächlich sehr gut annehmen. Damit das aber gut funktioniert, hat uns die Vogelwarte Folgendes empfohlen.

1. Nistkästen möglichst nah an den Brutplätzen, wo sie jetzt schon sind, am Gerüst zu montieren.
2. Möglichst wenig des Turms gleichzeitig einzugerüsten.
3. Die Vögel nicht durch Baulärm und Ähnliches zu stören.

Es ist klar, dass dabei Zielkonflikte entstehen. Den Turm von zwei Seiten einzugerüsten, wurde aber als sinnvoller und pragmatischer Kompromiss gesehen. Auch aus baulicher Sicht macht das Sinn, wahrscheinlich können nämlich nicht beliebig viele Arbeiter gleichzeitig da arbeiten, und die beschränkte Anzahl Arbeiter führt auch dazu, dass eine Etappierung auf zwei Jahre Sinn macht. Auch finanziell von der Kostenseite her sollte das eine untergeordnete Rolle spielen. Wenn der Turm komplett eingerüstet wird, haben wir viel Gerüst am Turm und bezahlen entsprechend viel Miete, und so wird das halt aufgeteilt auf zwei Jahre.

Noch kurz zur Verschandelung: Es ist geplant, dass wir die Innenseite, die auch für die Hochzeitsfotos wichtig ist, zuerst sanieren. Und sofern es von den Kosten her tragbar ist, soll auch die Einkleidung des Gerüsts mit einem lebensgrossen Foto des Turms bestückt werden. Damit versuchen wir, die Verschandelung möglichst einzudämmen.

Riquet Heller, FDP/XMV: Sie werden verstehen, dass diese Antwort höchst unbefriedigend ausgefallen ist. Meines Erachtens ist klar, dass die Gerüstmietkosten relativ gering sind im Verhältnis zur Arbeitskraft dieser Fachkräfte, die diese erstellen und abrechnen müssen. Weiter ist meines Erachtens richtig, dass man schnell im Sommer arbeiten kann und da keine Pausen einlegen muss. Ich habe den Verdacht, dass die Stadtverwaltung eben bereits geplant und disponiert hat, dass in Etappen gebaut wird und unsere Parlamentsdebatte nur Show war. Wir konnten keinen wesentlichen Einfluss mehr nehmen, wie das ausgeführt wird. Und es ist so, das höre ich verdeckt aus dem Votum des zuständigen Stadtrats, dass die Kosten bei einer Änderung dieses Projekts eben doch beträchtlich wären und man sich diese Störung des Betriebsablaufs nicht zumuten will. Diese Kosten könnten wahrscheinlich die Ersparnisse, die wir gehabt hätten, wenn wir in einem Mal eingerüstet und in einem Sommer totalsaniert hätten, überwiegen. Demzufolge war

unser ganzes Debattieren im März umsonst. Ich stelle darum auch keinen Antrag, weil ich nicht sicher bin, ob bei einer Projektänderung überhaupt eine Kostenersparnis resultieren würde. Ich resigniere als Parlamentarier und stelle fest, unsere Debatte war umsonst. Haben Sie eine andere Ansicht, dann bitte ich Sie doch, einen entsprechenden Antrag zu stellen, dass nur in einem Jahr – ich schlage vor im Jahr 2026 – saniert wird. Ich mache das nicht, weil ich nicht sicher bin, ob Ersparnisse erwirkt werden können.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Vielleicht habe ich mich zu wenig klar ausgedrückt. Es ist nicht so, dass wir uns das nicht überlegt hätten. Der Arbeitsumfang ist zu gross, um das in einem Jahr zu machen. Es ist auch nicht so, dass bei diesem Turm irgendwelche Akkordarbeiter zum Einsatz kommen, die man überall wie Sand am Meer findet. Aus diesen Gründen hat man sich entschieden, es weiterhin zu etappieren, aber selbstverständlich wird im Sommer weitergebaut und wegen den Vögeln nicht unterbrochen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Wir sind am Schluss der Detailberatung.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Ich möchte Herrn Bächler bestens danken, die Zahlen liegen vor.

Abstimmung

Antrag 1 (Steuerfuss 72 %) wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 (Budget 2025 mit einem Aufwandüberschuss von neu CHF 200'041) wird mit 25 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Antrag 3 (Investitionsplanung 2025 mit Nettoinvestitionen von neu CHF 11'239'000) wird mit 25 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Der Finanzplan 2025-2031 wird zur Kenntnis genommen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Das Budget und der Steuerfuss unterliegen gemäss Art. 7 Gemeindeordnung obligatorisch der Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 24. November 2024 zur Abstimmung unterbreitet. Somit sind wir am Ende von Traktandum 2. Ich danke Pascal Bächler für die grosse Unterstützung und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die geleistete Arbeit.

3. Motion "Anpassung Beitrag an Vereine für Kinder- und Jugendarbeit" von Lukas Auer, Fabio Telatin, beide SP, Esther Straub, Die Mitte, Reto Gmür, BFA, Isabelle Fuchs, FDP und Ueli Nägeli, SVP

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Die Motion «Anpassung Beitrag an Vereine für Kinder- und Jugendarbeit» wurde am 14. November 2023 eingereicht. Heute geht es um die Erheblichkeitserklärung der Motion. Wird die Motion für erheblich erklärt, hat der Stadtrat dem Stadtparlament innert sechs Monaten eine entsprechende Botschaft vorzulegen. Wird die Motion als nicht erheblich erklärt, gilt das Geschäft als erledigt.

Lukas Auer, SP/Grüne: Ich möchte mich im Namen der Mitmotionärinnen und Mitmotionäre für die gute Leistung unserer Motion bedanken. Das zeigt eine sehr gute Betroffenheit, aber auch eine Intensität, wie wichtig es ist, dass wir ortsansässige Vereine finanziell unterstützen. Wir werden diese Motion natürlich zurückziehen. Wer jetzt aufgepasst hat in der Budgetdebatte, hat gemerkt, der Betrag wurde bereits gesprochen. Demzufolge ziehen wir unsere Motion zurück.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Mit dem Rückzug der Motion durch Lukas Auer ist das Geschäft erledigt.

4. Stadt Arbon, Genehmigung Stadtentwicklungsplan 2024 (STEP 24) Bildung einer 7er-Kommission

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Das Büro hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, für diese Botschaft eine vorberatende parlamentarische 7er-Kommission einzusetzen. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung für diese parlamentarische Kommission: Kurt Boos, SVP, Chiara Eugster, SP/Grüne, Judith Huber, Die Mitte/EVP, Myrta Lehmann, Die Mitte/EVP, Christine Schuhwerk, FDP/XMV, Isabelle Fuchs, FDP/XMV, Fabio Telatin, SP/Grüne. Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Vorschläge gemacht?

Cyrrill Stadler, FDP/XMV: Ich spreche als Fraktionspräsident FDP/XMV. Wir haben zu dieser Kommission eine Verständnisfrage. In der Botschaft wird einerseits erwähnt, dass es dem Stadtrat ein grosses Anliegen ist, dass das Parlament den STEP 24 zustimmend zur Kenntnis nimmt. Bei dieser Formulierung haben wir schon einmal gestutzt. Kann man etwas ablehnend zur Kenntnis nehmen und etwas zustimmend zur Kenntnis nehmen? Es ist für uns etwas schwierig, das so zur Abstimmung in unserem Parlament freizugeben. Dann steht in einem Absatz, dass idealerweise STEP 24 nach Kenntnisnahme in der neu zu gründenden Raumplanungskommission – und dann in Klammer – als Spezialkommission bis zur Gründung einer stetigen Raumplanungskommission vorbesprochen wird. Dort können dann, wie im Stadtrat auch, richtungsweisende Elemente des STEP 24 und offene Fragen kritisch diskutiert werden. Die Ergebnisse aus solchen Diskussionen fliessen wieder in den STEP zurück. Das würde eigentlich implizit darstellen, dass man das Parlament auslässt. Es geht jetzt in diese vorberatende Kommission, dann direkt zurück an STEP. Das scheint uns nicht der richtige Weg. Es müsste zurück ans Parlament, und das wäre unsere Frage. Ist das so vorgesehen, dass es hier eine vorberatende Kommission gibt, die dann zurück ins Parlament kommt? Und dann würden wir den Bericht zur Kenntnis nehmen. Ablehnend oder zustimmend zur Kenntnis nehmen können wir den nicht, wir können ihn einfach zur Kenntnis nehmen.

Dann kommt mein Antrag. Um etwas zur Kenntnis nehmen zu können, bin ich der Meinung, und sind wir in unserer Fraktion geschlossen der Meinung, braucht es keine Kommission. Also meine Frage: Wie würde das laufen? Ist das eine ganz normale vorberatende Kommission? Und dann der Antrag: Wir möchten eigentlich für dieses Geschäft keine Kommission bilden, sondern das im Parlament zur Kenntnis nehmen.

Matthias Schawalder, SVP: Du hast es richtig vermutet. Die Idee war eigentlich, dass das eine normale vorberatende Kommission ist, welche dann im Parlament berichtet.

Jakob Auer, SP/Grüne: Die Botschaft Stadtentwicklungsplan (STEP) des Stadtrats beinhaltet doch vier umfangreiche Arbeitsdossiers. Die Überprüfung hat 56 Seiten, die Erläuterungen 21 Seiten, die gesamte Präsentation des Stadtrats mehr als 20 Seiten und dann der Schlussbericht mit 27 Seiten. Dies sind 120 Seiten, die zu studieren sind. Wie immer bei einer Botschaft ist eine vorberatende Kommission zu bestimmen, was wir ja eigentlich auch wünschen. Dies ist auch hier der Fall. Mir ist es schon bewusst, dass die vorberatende Kommission keine Entscheidungsbefugnisse hat. Doch ich erachte es als sinnvoll, dass die Kommissionsmitglieder – Sie haben die Namen gehört – sich dazu bereit erklärt haben, sich mit der Materie intensiv zu befassen und auch aktiv mitzuarbeiten und mitzuberaten. Daher ist es für unsere Fraktion richtig und wichtig, diese Kommission zu besetzen und das Go für ihre Arbeit zu geben. Und sind wir doch ehrlich, nicht die Hälfte von uns befasst sich mit diesem Papier. Ich bitte Sie, den Antrag von Cyrrill Stadler abzulehnen.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Ich versuche, ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen, was zumindest die gut gemeinte Absicht mit dieser Aktion ist. Wir haben im vergangenen Jahr begonnen, uns intensiv Gedanken über die ganzen Raumplanungsprojekte zu machen. Wir haben versucht, sie zu priorisieren, in Abhängigkeit zu setzen, um quasi einen Masterplan für die nächsten Jahre zu bekommen. Notabene fliessen die ganzen Erkenntnisse auch in den Finanzplan ein. Das haben wir nach bestem Wissen und Gewissen gemacht, aber da gibt es einige politische

Fragestellungen und Diskussionen, wo wir schon gern die Meinung des Parlaments und der Fraktionen hören würden, ob sie das gleich wie wir im Stadtrat sehen oder nicht und wo es nachzuschärfen gilt, um in den nächsten Jahren gemeinsam in die richtige Richtung zu gehen. Letztendlich geht es darum.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV: Dann wäre der Auftrag an diese Kommission, dieses STEP 24 auf Herz und Nieren zu prüfen und dann einen Kommissionsbericht zu erstellen, wie das jede vorberatende Kommission macht mit einer Empfehlung ans Parlament und mit dem Widerspiegeln der Diskussion, die da stattgefunden hat. Habe ich das richtig verstanden? Also nicht so, wie es in der Botschaft steht, dass die Kommission etwas erarbeitet und direkt dem STEP zurückgibt und das Parlament wird nicht mehr involviert?

Stadtpräsident René Walther, FDP: Wir möchten die Meinung des Parlaments zu diesem STEP hören. Die vorberatende Kommission bereitet das vor und das wird dann hier im Parlament diskutiert. Wir hören gut zu und nehmen diese Inputs auf.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV: Die Kommission muss ja dann einen Antrag stellen. Und sie stellt dann den Antrag, STEP 24 wird zur Kenntnis genommen? Das mit dem «zustimmend zur Kenntnis genommen» lassen wir weg.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Von mir aus kann man das weglassen. Wir haben das im Kantonsrat schon diskutiert. Man hat im Kantonsrat bis jetzt zustimmend zur Kenntnis genommen, das hat man jetzt abgeschafft.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV: Unter diesen Umständen können wir dieser Kommission zustimmen. Ich ziehe den Antrag zurück.

Riquet Heller, FDP/XMV: Doch noch ein kritischer Nachtrag zur Arbeitsweise von uns Parlamentsmitgliedern: Offensichtlich soll nach Meinung von Jakob Auer eine Kommission uns vom Durchlesen der Unterlagen befreien, dass wir gemeinsam nachher den Kommissionsbericht zur Kenntnis nehmen können und entsprechend entscheiden. Ich glaube, das ist nicht die Funktion einer vorberatenden Kommission. Sondern jeder von uns ist verpflichtet, wenigstens die Unterlagen, auch wenn es 480 Seiten sind, durchzublättern und zur Kenntnis zu nehmen und sich nicht blind auf die Arbeit der vorberatenden Kommission zu verlassen. Das sind keine Götter, sondern wir sind das Parlament.

Michael Zwahlen, SP/Grüne: Der Stadtrat hat uns mit einer komplexen Botschaft zum sogenannten STEP 24 konfrontiert. Dieser Stadtentwicklungsplan reicht bis ins Jahr 2050 und umfasst nicht weniger als 65 Projekte, 30 Parlamentsbotschaften, zumindest zukünftige, und 8 Volksabstimmungen. Er beinhaltet wichtige Sachvorlagen, die die Identität und das Image unserer Stadt prägen werden. Angesichts dieser Dimensionen ist es entscheidend, dass wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier über die nötigen Mittel verfügen, um diese bedeutenden Vorhaben adäquat zu beraten und zu begleiten. Die Bildung einer 7er-Kommission stellt aus unserer Sicht eine sinnvolle und notwendige Massnahme dar, um diese Aufgaben nachhaltig zu bewältigen. Die Kommission kann die Zeit aufbringen, um sich vertieft mit den verschiedenen Aspekten und gegenseitigen Wirkungen des STEP 24 auseinanderzusetzen und sicherzustellen, dass die Anliegen aller Beteiligten berücksichtigt werden. Es scheint aus heutiger Sicht zudem sinnvoll, dass diese Kommission personell gleich besetzt wird wie die hoffentlich bald entstehende stetige Raumplanungskommission. Dies würde nicht nur Doppelspurigkeiten vermeiden, sondern auch eine reibungslose Führung und Kontinuität dieser Arbeit gewährleisten. In diesem Sinn plädieren wir in der Fraktion SP/Grüne für die Bildung dieser Kommission.

Abstimmung

Die vorgeschlagenen Personen werden mit 21 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen gewählt.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Als Präsidentin der Kommission wird Judith Huber, Die Mitte/EVP, vorgeschlagen. Werden andere Vorschläge gemacht?

Abstimmung

Judith Huber wird mit 23 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen als Präsidentin der vorberatenden Kommission gewählt.

5. Stadt Arbon, Totalrevision Hafenreglement Bildung einer 7er-Kommission

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Das Büro hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, für diese Botschaft eine vorberatende parlamentarische 7er-Kommission einzusetzen. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung dieser parlamentarischen Kommission: Jakob Auer, SP/Grüne, Rudolf Daepf, SVP, Teoman Kengir, SP/Grüne, Peter Künzi, FDP/XMV, Aurelio Petti, Die Mitte/EVP, Esther Straub, Die Mitte/EVP, Cyrill Stadler, FDP/XMV. Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Vorschläge gemacht?

Abstimmung

Die vorgeschlagenen Personen werden mit 22 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen in die Kommission gewählt.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Als Präsident der Kommission wird Cyrill Stadler, FDP/XMV vorgeschlagen. Werden andere Vorschläge gemacht?

Abstimmung

Cyrill Stadler wird mit 24 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen als Präsident der Kommission gewählt.

6. Fragerunde

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt. Der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt.

Peter Künzi, XMV: Meine Frage bezieht sich auf die zur Aufwertung der Altstadt neu erstellte Holzkonstruktion an der Ecke Hauptstrasse/Kapellgasse. Dieses lauschige Plätzchen zum Verweilen hat sich nämlich bei regnerischen Wetterverhältnissen als veritable Rutschbahn mit markant erhöhtem Sturzrisiko erwiesen. So sind mir persönlich drei Vorfälle mit mehr oder weniger glimpflichem Ausgang bekannt. Während einer älteren Dame, welche auf dem glitschigen Untergrund ausgerutscht und hingefallen ist, durch den zufällig anwesenden Passanten Christoph Seidler unverletzt wieder auf die Beine geholfen werden konnte, musste die zweite mir bekannte Person aufgrund ihres Sturzes einige blaue Flecken in Kauf nehmen. Der dritte Vorfall hatte dann gleichermassen ernste wie schmerzhaftige Konsequenzen, weil sich diese mir ebenfalls bekannte Person beim Sturz auf dem aalglatten Untergrund einen Handgelenksbruch zuzog. Deshalb erlaube ich mir, dem Stadtrat folgende Fragen zu stellen:

Sind dem Stadtrat diese oder allenfalls weitere Unfälle bekannt?

Wer steht bei entsprechenden Klagen eigentlich in der Haftung?

Ist der Stadtrat bereit, geeignete Massnahmen zu treffen, um das offensichtlich hohe Unfallrisiko nachhaltig zu minimieren?

Stadtpräsident René Walther, FDP: Ja, dem Stadtrat bzw. der Verwaltung sind diese drei Vorfälle seit rund 14 Tagen bekannt. Grundsätzlich ist bei Klagen der Werkhalter haftbar, also die Stadt. Dafür existiert eine All-Risk-Versicherung, wir sind für so etwas also haftpflichtversichert. Und selbstverständlich ist die Verwaltung sofort aktiv geworden. Einerseits wurden mit dem Werkhof die örtlichen Gegebenheiten überprüft und geschaut, wie es aussieht. Zurzeit laufen Sofort-

massnahmen. Einerseits werden die Holzplatten gesäubert, weil sich darauf ein schleimiger Moosbelag festgesetzt hat, und es wird ein Warnhinweis angebracht. Weiter wird im Moment abgeklärt, ob diese Rutschgefahr mit einer Beschichtung reduziert werden kann.

7. Informationen aus dem Stadtrat

Stadträtin Sandra Eichbaum, XMV: Es ist mir ein Anliegen, auf einen Passus im ansonsten aus meiner Sicht sehr gut verfassten FGK-Bericht zurückzukommen. Es geht auf Seite 4 um die Erwähnung meines Rücktritts im Zusammenhang mit der Überprüfung der Pensen der Stadtratsmitglieder. Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich erwähnen, dass mein Rücktritt nicht im Zusammenhang mit dem Pensum steht.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung. Die nächste Parlamentssitzung findet am 12. November um 19:00 Uhr statt. Ich weise Sie nochmals darauf hin, dass die Unterlagen für die Parlamentssitzung vom 12. November mit dem Versand 2 vom 29. Oktober 2024 zugestellt werden.

Gern beende ich die Sitzung wieder mit einem Zitat. «Was im Leben zählt ist nicht, was wir gelebt haben, sondern wie wir das Gelebte von anderen verändert haben.» Dieses Zitat von Nelson Mandela betont die Wichtigkeit, etwas Sinnvolles für andere zu tun. Wir alle haben diese Möglichkeit, dies im Stadtparlament umzusetzen, damit sich Arbon im Positiven wandelt oder bei der Bevölkerung positiv erwähnt wird. Die Sitzung ist beendet.

Ende der Sitzung um 20.45 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Esther Straub

Die Stadtschreiberin:

Alexandra Wyprächtiger